

Prof. Dr.jur. Dr.-Ing. E.h.  
DIETER SPETHMANN  
Rechtsanwalt  
Dienstag, 25. Mai 2010

Einschreiben gegen Rückschein

Herrn  
Volker Kauder MdB  
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Reichstag  
Berlin  
Postanschrift

Jüngste Sitzungen von Bundestag und Bundesrat

Sehr geehrter Herr Kauder!

Vor 19 Jahren legte ich Herrn Kohl ein Konzept für eine gemeinsame Währung vor (siehe Anlage Seiten 3 und 4). Vergeblich.

Vor sieben Jahren legte ich ein Buch vor „Gemeinsames Geld ist gemeinsames Schicksal“ (Hohenheim Verlag). Schauen Sie mal rein. Sie finden vieles, was sich seither ereignet hat, vor allem den Verlust unserer staatlichen Unabhängigkeit als Folge des Euro, und das ohne Volksbefragung. Der Preis des Buches steigt übrigens von Tag zu Tag (amazon.de)..

Soweit ich sehe, bin ich der Längstlebende der Mannschaft, die ab 1952 das „Londoner Schuldenabkommen“ erreichte und umsetzte – des Abkommens, von dem Historiker sagen, es habe einen zweiten „Vertrag von Versailles“ (und damit Reparationszahlungen) verhindert. Deshalb werden Sie verstehen, dass ich die seit einigen Wochen in Berlin laufenden Vorgänge um den Euro mit besonderer Aufmerksamkeit verfolge.

Von Hermann Josef Abs habe ich gelernt, dass eine Währung der zugehörigen Volkswirtschaft zu dienen habe. Sie hat also mit der zugehörigen Realwirtschaft zu atmen oder, wenn Sie diesen Ausdruck bevorzugen, sich wie die Kleidung passend zum Körper zu bewegen.

Der Euro aber ist das Gegenteil, weil als politisches Herrschaftsinstrument konzipiert: „One size fits all.“ Eine Realwirtschaft, der er dienen könnte, gibt es nicht, denn jedes der (anfangs weniger, heute 16, morgen politisch gewünscht vielleicht 25 oder noch mehr) Mitgliedsländer hat seine eigene „Realwirtschaft.“ Also sind die „Euro-Konvergenzkriterien“ keine oekonomischen, sondern

Adresse/Address: 40547 Düsseldorf, Kaiser-Friedrich-Ring 72  
Telefon Office (0211) 478.4916 Fax Office (0211) 478.4949  
Telefon Home (0211) 588217 Fax Home (0211) 575891  
eMail: DieterSpethmann@aol.com - Internet: <http://www.eurospethmann.de>

juristische Zulassungskriterien. Das merken Sie schon daran, dass ein langfristiges Zusammengehen von 3% (des BIP) jährlichem Zuwachs der Staatsschuld mit 60% (des BIP) maximalem Stand der Staatsschuld eine jährliche Wachstumsrate von 5% real voraussetzt – eine Utopie: Selbst das DM-Deutschland hatte im Durchschnitt der 50 DM-Jahre nur ein Wachstum von 2,5% pa.

Der Euro erfüllt also nicht das Kriterium, einer Realwirtschaft zu dienen. Vielmehr ist er als Herrschaftsinstrument konzipiert, das politischen Zielen dient und die ihm zugehörigen Realwirtschaften seinen Regeln unterwirft. Das zeigt sich z.B. in von Land zu Land höchst unterschiedlichen Realzinsen. Denn jede der zugehörigen Volkswirtschaften hat (zwangsläufig) ihre eigene Teuerungsrate: Die Volkswirtschaft mit der höchsten Teuerungsrate hat die niedrigsten Realzinsen – was ihren Wohlstand mehrt, da es ihre Kapitalkosten senkt. Umgekehrt hat das Land mit der niedrigsten Teuerungsrate, nämlich Deutschland, die höchsten Realzinsen zu tragen.

Wegen dieser Dominanz der Währungsregeln über die Rhythmen der betroffenen Volkswirtschaften werden weder Griechenland mit den 22 (von Deutschland verbürgten) Milliarden Euro vom 7. Mai noch die anderen Defizitländer mit den 148 (von Deutschland verbürgten) Milliarden vom 21. Mai zum ökonomischen Gleichgewicht finden. Sie werden den Zahlungsverpflichtungen auf ihre Staatsschuld nicht nachkommen. Deshalb werden die Gläubiger auf den Bürgen Deutschland zurückgreifen. Der deutsche Steuerzahler wird antreten müssen. Das kommt zu den jährlich bis zu 10% seines BIP hinzu, die er durch das Eurosystem ohnehin stillschweigend verliert (Anlage).

„Macht oder ökonomisches Gesetz?“ So nannte Eugen von Boehm-Bawerk sein Werk letzter Hand (1914). Wo Macht herrscht, kann das ökonomische Gesetz nicht greifen. Das wird vom Euro bestätigt. Die DM arbeitete für uns, wir arbeiten für den Euro: Da aber Macht nicht satt macht, obsiegt am Ende immer das ökonomische Gesetz. Noch vor den politischen Berliner Eilaktionen habe ich eine kleine Studie zu diesen Zusammenhängen geschrieben, die sie anliegend finden.

Mit verbindlichen Empfehlungen



[www.eurospethmann.de](http://www.eurospethmann.de)

*Dieter Spethmann*

Königsallee 92 a  
4000 Düsseldorf 1  
Telefon: (0211) 8387-182  
Telefax: (0211) 8387-187

2. Dezember 1991

An den  
Bundeskanzler der  
Bundesrepublik Deutschland  
Herrn Dr. Helmut Kohl MdB  
Adenauerallee 139 - 141

5300 Bonn 1

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler,  
lieber Herr Kohl!

Während Ihrer gesamten Amtszeit als Bundeskanzler habe ich Sie noch nie mit einem unerbetenen politischen Ratschlag behelligt. Am Vorabend von Maastricht aber drängt es mich, Ihnen diese Zeilen zu schreiben.

Deutschland hat in Ihrer Amtszeit und unter Ihrer Führung eine politische Position erreicht, wie es sie in seiner Geschichte noch nie hatte: Loyalere Verbündeter des Westens und gleichzeitig bevorzugter Gesprächspartner des Ostens.

Ich fürchte, dass diese Position wackelig wird, wenn Sie eine Verpflichtung eingehen, die D-Mark abzuschaffen. Denn die Deutschen werden diesen Weg psychologisch nicht mitgehen. Dann aber gerät am EG-Konzept mehr ins Wackeln als nur die Währung.

Für die Deutschen ist die D-Mark als Identifikationsobjekt durch nichts anderes zu ersetzen, jedenfalls einstweilen nicht. Die Engländer haben ihr Königshaus,

die Franzosen ihre "Gloire" mit allen ihren Attributen (denken Sie nur an den Tricoloren- Wald gestern in Lyon nach dem Gewinn des Daviscups), und die Amerikaner haben ihr "America, the beautiful" mit allem, was sich anfassen lässt: Capitol Hill, White House und die Nationalfahne, die auch im Alltag überall weht. An nichts dergleichen halten sich die Deutschen. Sie halten sich an ihre D-Mark. Es ist die D-Mark, die ihren Weg aus der Düsternis der Nachkriegszeit bis in die Gegenwart symbolisiert. Schon die Perspektive, dass dieses Symbol verschwinden soll, würde zu einer Destabilisation psychologischer und finanzieller Art führen, vor der ich nur warnen kann.

Das heisst nicht, dass ich gegen die ECU wäre. Ich bin für sie. Man kann sie aber nicht durch Befehl einführen. Sie muss sich ihr Vertrauen bei den Deutschen erwerben, genau wie bisher die D-Mark. Wenn ich nach Holland fahre, kann ich alles in D-Mark bezahlen. Der Wechselkurs ist seit 30 Jahren derselbe: 9 Gulden für 8 D-Mark. Wenn meine holländischen Freunde ins Rheinland kommen, tun sie dasselbe mit ihren Gulden. Jeder Kneipenwirt im Sauerland schätzt holländische Gulden. Wenn wir demaleinst in Baden, der Pfalz und dem Saargebiet dieselbe Situation mit dem französischen Franken haben, hat die ECU das Rennen gewonnen. Vorher nicht.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr sehr ergebener



Dieter Spethmann

## **Der Export ist und bleibt unser Schicksal**

**Nur ein von uns frei bestimmter Export sichert  
unsere nationale Existenz und Unabhängigkeit**

**Politik und Währung müssen sich danach richten  
Nicht umgekehrt**

Seit das BVerfG am 30. Juni 2009 sein grundlegendes Urteil zum Lissabon-Vertrag fällte, wird der deutsche Bürger von der Politik – sei es in Berlin, sei es anderswo in der EU – zunehmend irritiert. So wird allen Ernstes vorgeschlagen, wir Deutschen sollten, um damit gewisse interne Spannungen in der Eurozone zu Gunsten anderer Euro-Teilnehmer zu verändern, gefälligst unseren Export verringern. Das gibt mir als Unternehmer Anlaß, dazu einige Worte niederzuschreiben, von denen ich annehme, dass sie von verfassungsrechtlicher Relevanz sind oder sein könnten.

Das genannte Urteil sagt in Textziffer 179:

„Die Wahlberechtigten besitzen nach dem Grundgesetz das Recht, über den Identitätswechsel der Bundesrepublik Deutschland, wie er durch Umbildung zu einem Gliedstaat eines europäischen Bundesstaates bewirkt werden würde, und die damit einhergehende Ablösung des Grundgesetzes „in freier Entscheidung“ zu befinden. Art. 146 GG schafft – wie Art. 38 Abs. 1 Satz 1 GG – ein Teilhaberecht des wahlberechtigten Bürgers: Art. 146 GG bestätigt das vorverfas-

sungsrechtliche Recht, sich eine Verfassung zu geben, aus der die verfasste Gewalt hervorgeht und an die sie gebunden ist. Art. 38 Abs. 1 Satz 1 GG gewährleistet das Recht, an der Legitimation der verfassten Gewalt mitzuwirken und auf ihre Ausübung Einfluss zu nehmen. Art. 146 GG formuliert neben den materiellen Anforderungen des Art. 23 Abs. 1 Satz 1 GG die äußerste Grenze der Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland an der europäischen Integration. Es ist allein die verfassungsgebende Gewalt, die berechtigt ist, den durch das Grundgesetz verfassten Staat freizugeben, nicht aber die verfasste Gewalt.“

Die Bundesregierung geht seit der Urteilsverkündung über die hier genannte Grenze hinaus, wann immer es ihr beliebt. Wenn z.B. Finanzminister Schäuble sagt, die gegenwärtige Griechenland-Krise könne und müsse im Rahmen der geltenden Verträge gelöst werden, so ist das eine *contradictio in adiecto*. Denn die geltenden Verträge geben das nicht her. Auch noch so große „Einsparungen“ der Griechen, ob nur von der griechischen Regierung verordnet oder ausserdem vom griechischen Parlament abgesehnet, können nicht die Wettbewerbsnachteile ausgleichen, die die griechische Wirtschaft durch die Jahr für Jahr oberhalb der deutschen Werte liegende nationale Inflation erlitten hat und täglich weiter erleidet. Nur eine Abwertung des Außenkurses der griechischen Währung kann erreichen, dass griechische Anbieter im Weltmarkt wieder wettbewerbsfähig werden. Da der Euro wegen des ihm innewohnenden Stabilitätsgebotes diese Entwicklung weder nehmen darf noch wird, muss Griechenland zu einer eigenen Währung zurückfinden. Dieses übersieht Herr Schäuble geflissentlich. Er bevorzugt Versuche mit untauglichen Mitteln – Vorgänge, die das Realeinkommen des deutschen Bürgers belasten.

Aber sehen wir uns das im einzelnen an.

Wir Deutschen haben wechselvolle Jahrhunderte hinter uns. Unsere erste Industrialisierung, die etwa um 1835 mit der Dampfmaschine begann, machte aus einer ärmlichen Agrargesellschaft eine wachsende Industriegesellschaft. „Herrlichen Zeiten führe ich Euch entgegen“ rief der damals erst 40 Jahre alte Kaiser seinen Landsleuten in seiner Neujahrsbotschaft des Jahres 1900 zu. Eine schon damals avantgardistische Sozialgesetzgebung bildete einen wichtigen Teil unseres gesellschaftlichen Fundaments. 1913 hatte der deutsche Bürger im statistischen Sinne sein bislang höchstes Einkommen erreicht.

Leider versanken die Leistungen und Errungenschaften dieser ersten Industrialisierung im Feuer zweier Weltkriege und einer höchst unglücklichen Zwischenkriegszeit. Was aber verblieben war, als unser Land 1945 in Schutt und Asche lag, war der Wille zum Überleben und damit der Wille zur Arbeit. Ich erinnere, dass ich im Herbst 1945 bei Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft ein buntes Durcheinander von „Einheimischen“ und „Ostflüchtlingen“ vorfand, die durch ein festes Band zusammengehalten wurden: Den Willen zum Überleben. Jeder, der für seine Familie auf einem schon dreimal abgeernteten Kartoffelacker noch einmal nachsuchte, war „Unternehmer“ in eigener Sache – jeder, der seine Handarbeit als Hilfe anbot, um ein zerstörtes Haus wieder aufzubauen, war es auch.

So wurde die selbstgesuchte Arbeit zur täglichen Selbstverständlichkeit. Das „Amt,“ die von den alliierten Besatzungsmächten bald wieder zugelassene kommunale Behörde, war zuständig für die öffentliche Ordnung, Lebensmittelmarken und Wohnungseinweisungen. Aber kleine Unternehmer bekamen von den Besatzungsbehörden bald die Erlaubnis, ihre Betriebe wieder zu eröffnen. Da das Inland für viele solcher Produkte (zB Maschinen) noch keine

Kaufkraft hatte, suchten viele Unternehmer nach ausländischen Kunden – und fanden sie. Die britische Besatzungsmacht unterstützte diese Bemühungen durch Gründung einer Joint Export Import Agency, die bei der Abwicklung half, bis 1949 die erste frei gewählte deutsche Regierung in diese Verantwortung eintreten konnte.

Gewiß, das einheimische Wachstum der jungen Republik und damit die einheimische Nachfrage entwickelten sich prächtig, weil nach Einführung einer neuen Währung, der DM, ein Abrechnungs- und Zahlungsmittel bereitstand, das alle Transaktionen erlaubte, die der damalige Weltmarkt kannte. Als das Britische Pfund 1949 abwertete, ging die DM mit und setzte sich für längere Zeit bei einem Kurs von DM 4,20 für den USDollar fest. Das war eine solide Basis für die ständige Ausweitung der Exporte, die immerhin einen von Jahr zu Jahr wachsenden Importwert zu finanzieren hatten. Deutschland nahm am Festkurssystem von Bretton Woods ohne Wenn und Aber teil und erwarb durch seine Exportüberschüsse einen ansehnlichen Goldbestand.

Aber die Entwicklung der heimischen Produktivität überschritt Ende der fünfziger Jahre den etablierten Währungskurs. Eine Aufwertung der DM gegenüber dem USDollar wurde ökonomisch fällig, unterblieb aber aus der Furcht heraus, das könne dem deutschen Export schaden. Ich erinnere einen Auftritt des deutschen Bankiers Fritz Butschkau 1960 auf der Weltwährungskonferenz in Washington, bei dem er im Auftrag des Bundeswirtschaftsministers Ludwig Erhard eine Aufwertung der DM verlangte. Vergeblich. Im März 1961 kam es zwar zu einer kosmetischen Korrektur auf DM 4.- für den USDollar, aber das war zu wenig.

Die deutsche Industrie tappte in die selbstgebaute Falle, indem sie auch nach 1960 prompt zusätzliche Produktionsan-

lagen für den Export baute – immer in der Annahme, dieser Aussenkurs der DM bleibe jetzt für immer und ewig. Als dann im Oktober 1969 mit der neuen Bundesregierung ein handlungsfähiger Wirtschaftsminister namens Karl Schiller die alte Erhard-Politik durchsetzte, nämlich mit der Aufwertung begann, waren Heulen und Wehklagen in der Industrie groß. Denn nun zeigte sich, dass viele der existenten Anlagen nur auf Grenzkostenbasis funktionierten, also einen aufgewerteten Währungskurs nicht begleiten konnten. Es kam zu Betriebsstillungen in Zig-Milliardengröße. Ausländische Gastarbeiter übrigens, die für diese zusätzlichen Anlagen ins Land geholt worden waren, blieben in Deutschland.

Diese 1969 begonnene Aufwertungsphase der DM erreichte in der Spitze 300%. Sie wurde übrigens vom holländischen Gulden Schritt für Schritt begleitet, was der Entwicklung beider Volkswirtschaften gut bekam.

Folgerichtigerweise hatte der deutsche Bürger 1989/90 das höchste Einkommen in der deutschen Geschichte erreicht: Es lag zusammen mit den Zahlen für die Schweiz, USA und Norwegen in der Welt-Spitzengruppe.

Man darf also die Jahre 1913 und 1989/90 in einem gedanklichen und funktionellen Zusammenhang sehen: Jedes dieser Jahre belohnte die Deutschen für Jahrzehnte des Einfallsreichtums, des Fleißes, der Arbeit und einer klugen Politik. Jedes war aber auch der Beginn einer Abwärtskurve.

Denn wie dem Jahr 1913 die dreißigjährige Katastrophe folgte, von der ich schon sprach, so setzte auch ab 1990 eine politisch verursachte Abwärtsbewegung ein, die den Anteil des Bürgers am Sozialprodukt von Jahr zu Jahr verringerte und täglich weiter verringert. Ein ehemals hoher Beamter des Landes NRW, 1990 in Pension gegangen, be-

antwortete dieser Tage meine Frage nach der Kaufkraft seiner Pension mit den Worten „Noch die Hälfte von damals.“

Ausweislich jüngster Zahlen des IMF (für 2009) befindet sich das deutsche pro-Kopf-Einkommen mit USDollar 34.212. nur noch an Stelle Nr 20 der Weltrangliste. Vor ihm liegen jetzt aus der EU Luxemburg (USDollar 78.395), die Niederlande, Irland, Österreich, Schweden, Dänemark und GB. Was ist passiert?

Dem deutschen Spitzeneinkommen von 1989/90 folgte die Wiedervereinigung. Sie wurde von der Bonner Politik mit einem höchst unglücklichen Schachzug eröffnet, nämlich einer vorgezogenen Wirtschafts- und Währungsunion. Diese verlangte von allen DDR Betrieben in § 12 des Währungsgesetzes der DDR, dass sie ab dem Stichtag (1. Juli 1990) alle Löhne und Gehälter 1:1 in DM zu zahlen hätten. Bei dieser Vereinbarung hatten die Regierungen der Bundesrepublik und der DDR übersehen, dass die DDR Betriebe, von denen es viele im kleinwirtschaftlichen Bereich gab (Handwerksbetriebe, Reparaturbetriebe für Autos usw.) unter keinen Umständen über die DM Einnahmen verfügen konnten, die hierzu notwendig waren. Also gingen solche DDR Betriebe reihenweise pleite, und es ergab sich eine Westwanderung von 2 Millionen oder mehr jungen DDR Bürgern, die ihre Arbeitsplätze lieber im Westen suchten.

Leider sah die Bonner Politik diesen Fehlgriff nicht ein, sondern bestand auf ihm. Versuche des BDI, die DDR Betriebe durch staatliche Steuerverzichte und direkte Lohnsubventionen organisch an die Wettbewerbsfähigkeit heranzuführen, blieben leider ungehört. In diesen Umständen liegt ein wesentlicher Grund dafür, dass die neuen Bundesländer bis heute nicht dazu in der Lage sind, im Sozialprodukt zu den alten Bundesländern aufzuschließen.

Bekanntlich führten die Vorgänge der Wiedervereinigung dazu, dass von Deutschland verlangt wurde, die DM in der einen oder anderen Weise abzuschaffen („Sie sind durch die Wiedervereinigung zu stark geworden“). Die Bundesregierung entschloss sich deshalb im Dezember 1991 zum sogenannten Maastricht-Vertrag, der aufgrund eines zwischengeschalteten Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht, das mit Urteil vom 12.10.1993 endete, erst Ende 1993 in Kraft trat. Im Maastricht Vertrag findet sich dieselbe Fehlkonzeption des Währungsthemas, der die Bundesregierung, wie vorstehend geschildert, schon im Frühjahr 1990 erlegen war, in neuer Form wieder. Es wurden nämlich für alle an der gemeinsamen Währung „Euro“ teilnehmenden Währungen feste Wechselkurse beschlossen. Bei diesem Vorgang wurde dieselbe Nachlässigkeit praktiziert wie im Frühjahr 1990 im Hinblick auf die DDR: Können die leistungsmäßig schwächeren Volkswirtschaften mit leistungsstärkeren mithalten, wenn sie in derselben Währung mit denselben Wechselkursen anbieten müssen? Nein, natürlich nicht.

Hieraus haben sich für die Volkswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland Belastungen ergeben, die ich in Form von Stichworten hier aufzähle.

Erstens. Zum 1. Januar 1999 wurde für alle Euro Staaten ein einheitlicher Notenbank-Zinssatz verfügt. Daraus ergab sich für die Staaten mit den bis dahin hochverzinsten „wie-cheren“ Währungen schlagartig eine große Erleichterung. Als Beispiel führe ich Italien an. Italien schleppte damals eine Staatsverschuldung von mehr als 100% seines BIP mit sich. Die Zinslast auf diese Staatsschuld, die bis dahin rund 11% des BIP pa betragen hatte, sank mit Einführung des Euro schlagartig auf etwa 5%. Die von mir gehegte Erwartung, dass das Euro-Mitglied Italien diese Gelegenheit benutzen würde, um mit Hilfe der verringerten Zinslast die

Staatschuld insgesamt zu verringern, blieb leider Theorie. Die Staatsschuld von Italien liegt auch heute, im zwölften Euro-Jahr, immer noch über 100% des BIP. Das heisst, dass alle Zinseinsparungen von der italienischen Regierung anderweitig verwendet wurden, nämlich konsumtiv.

Umgekehrt war die Auswirkung des einheitlichen Zinssatzes auf die deutsche Volkswirtschaft eine über Nacht eintretende Belastung. Unsere Wirtschaft hatte bis dahin eine anhaltende Phase des Niedrigzinses erlebt, weil die DM, wie vorstehend geschildert, seit 1969 ständig unter Aufwertungsdruck gestanden hatte, was das Zinsniveau der DM für alle Kreditnehmer jahrzehntelang niedrig gehalten hatte. In welchem Detail sich diese politisch herbeigeführte Änderung der Zinsstruktur auf die einzelnen Teile der deutschen Volkswirtschaft auswirkte, kann ich nicht sagen. Ich weiß aber von Banken, die sich in größerem Umfang durch Ausgabe von Schuldverschreibungen am deutschen Kapitalmarkt refinanzieren, dass der Zinsfuß für sie schlagartig um bis zu 2% p.a. anstieg, was viele von ihnen in Schwierigkeiten brachte, die sich ab 2007 im Rahmen der Weltfinanzkrise auswirkten. Man darf aber makroökonomisch sagen, dass die schlagartig einsetzende Mehrbelastung der deutschen Volkswirtschaft mit Zinsen sicherlich bis zu 2% p.a. des Sozialproduktes ausmachte. Bei einem Sozialprodukt von 2.500 Mrd. Euro sind das 50 Mrd. Euro pro Jahr.

Natürlich waren die Einsparungen der Euro-Weichwährungsländer unvergleichlich größer. Aber der Finanzmarkt, also die Verhaltensweise der kreditgebenden Banken, pendelte sich mit der ihm eigenen Gesetzmäßigkeit auf diesen für deutsche Kreditnehmer deutlich höheren Zinsfuß ein.

Zweitens. Ab Euro-Einführung zeigte sich eine zweite strukturelle Veränderung. Die EZB wurde, anders als die Deut-

sche Bundesbank vor ihr, zwar zur Zentralbank, nicht aber zur Notenbank. Vielmehr blieben die Nationalen Zentralbanken ihrerseits Notenbanken. Sie versahen die von ihnen auszugebenden Euro-Noten mit jeweils einem besonderen Buchstaben vor der Stücknummer. Deutschland bekam das X zugewiesen. Da die nationalen Inflationen in den Euro-Teilnehmerstaaten sich – wie schon vor Einführung des Euro – auch nachher unterschiedlich entwickelten, entstand (nach den vorstehend erörterten Zinsproblemen) das nächste Problem, nämlich dasjenige der unterschiedlichen internen Inflation. Die Folge war, dass Deutschland weiterhin am niedrigsten inflationierte, so dass jeder Euro-Schein, wo auch immer er emittiert sein mochte, in Deutschland die höchste Kaufkraft entfaltete. Diese nicht zu vermeidende ökonomische Eigengesetzlichkeit führte dazu, dass die in der Euro-Binnenwirtschaft erzielten Exportüberschüsse der deutschen Volkswirtschaft von Jahr zu Jahr stiegen – für die deutsche Politik wie für die deutsche Wirtschaft unvermeidbar. Ich habe dem Präsidenten der Deutschen Bundesbank am 12.8. 2005 die Frage unterbreitet, was die Deutsche Bundesbank mit den Nicht-X-Euronoten mache, die sich zum Jahresabschluss am 31.12. eines Jahres in ihrem Bestand befänden. Antwort habe ich leider nicht bekommen. Im Währungssystem von Bretton Woods hätten solche Guthaben zum Ausgleich in Gold oder Sonderziehungsrechten berechtigt. Im System der Einheitswährung Euro war so was nicht mehr denkbar.

Es könnte aber immerhin sein, dass die Deutsche Bundesbank diese sich von Jahr zu Jahr immer weiter aufbauende Gläubigerposition durch einen „Ausgleichsposten“ im EZB-System ausgeglichen bekommen hat und bekommt. Allerdings bin ich der Überzeugung, dass der Wert solcher Ausgleichsansprüche mit Null anzusetzen wäre. Wie das Beispiel Griechenland in diesen Tagen (Ende April 2010)

zeigt, haben Gläubigerrechte innerhalb des Euro-Systems ihren Nennwert längst verloren. Einem theoretischen Anspruch der Deutschen Bundesbank gegen die Notenbanken von Griechenland & Co. messe ich keinerlei Bedeutung zu.

Drittens. Bei diesem zweiten Belastungsfaktor der deutschen Volkswirtschaft, also der Hergabe realwirtschaftlich relevanter Waren und Dienstleistungen gegen Papiergeld aus anderen Euro-Staaten, kam aber eine weitere hinzu. Während bis 1998 die Deutsche Bundesbank über alle Devisen, die sie aus den Exportüberschüssen der deutschen Wirtschaft erzielte, frei verfügen konnte, muss sie seit Euro-Beginn diese Drittlanddevisen in vollem Umfang an die EZB abführen, die ihrerseits damit die Importüberschüsse bezahlt, die die Mitgliedsländer Griechenland & Co. Jahr für Jahr aufweisen.

Viertens. Im selben Bereich liegt eine vierte Sonderlast, die Deutschland vom Euro-System aufgebürdet wurde, insoweit nämlich die Devisenüberschüsse, die Deutschland (und mit ihm die Niederlande, Luxemburg, Österreich und Finnland) bei der EZB abliefern, nicht ausreichen. Um die Exportdefizite von Griechenland & Co. zu finanzieren, muss die EZB Auslandskredite in Fremdwährung aufnehmen. Wären die Lasten hieraus nach dem EZB Schlüssel zu tragen, entfielen auf Deutschland aus diesem Saldo etwa 27%. Geht man aber davon aus, dass bei einer allfälligen Umgestaltung des Euro-Systems sämtliche bei der EZB aufgelaufenen Währungsschulden einseitig der „Hartwährungszone“ Deutschland & Co. angelastet werden, handelt es sich um weit größere Beträge.

In summa machen die vier vorgenannten Positionen leicht bis zu 10% des deutschen BIP pro Jahr aus. Den Zinsmalus nannte ich schon mit bis zu 2% pa. Die anderen Belastungen kommen leicht auf bis zu 8% (oder mehr), denn das

Leistungsbilanzdefizit der Eurozone übersteigt selbst in einem so schwachen Jahr wie 2009 die Marke von USDollar 300 Mrd. Es hat auch schon viel höher gelegen.

Fünftens. Es kommt aber noch etwas hinzu: Eine unter der Decke schwelende Wertminderung von Gläubigertiteln, die deutsche Banken und andere Kapitalsammelstellen halten. Der Fall Griechenland zeigt das. Ein Fall Portugal mag hinzukommen, denn wenn es um Gläubigerverzichte geht, will jeder Schuldner dabei sein. Wenn es Griechenland nicht mehr gelingt, die Zinsen auf seine Staatsschuld zu bezahlen, stellt sich die Frage, ob die Griechenland-Gläubiger ihre Gläubigerrechte noch zum Nennwert in den Büchern behalten dürfen.

Ich empfinde es als Perversion, dass Griechenland (und andere Mitgliedsstaaten der Eurozone) die Zinsen auf ihre Staatsschuld nur noch durch die Aufnahme neuer Kredite anschaffen können. Gehe ich davon aus, dass ein Gläubiger auch bei der Zeichnung solcher Anleihen mitwirken muss, so zahlt er von der linken in die rechte Tasche – nur zu dem Zweck, die entsprechenden Anleihestücke als „Performing assets“ zum Anschaffungswert in seinen Büchern behalten zu können. Ich bezeichne diese Art der öffentlichen Finanzierung als „Schneeballsystem.“ Bei Bürgern ist das strafbar.

In conclusio sage ich, dass das Eurosystem in seiner bisherigen Form nicht mehr haltbar ist. Die von der EU-Kommission jahrzehntelang vertretene These, die in der Produktivität zurückliegenden Länder würden zu „Catchup countries,“ war immer nur Propaganda. Diese Formulierung verwendet auch der Engländer John Chown in seinem 2003 erschienenen Werk über „Currency Unions.“ Die Währung, in der eine Volkswirtschaft abgerechnet wird, spiegelt die realen Kräfte wider, die in dieser Volkswirtschaft spielen. Hat eine Volkswirtschaft die Fähigkeit, Beschäftigung aus dem

Ausland zu holen, so führt das zur Bildung von Devisenreserven und schliesslich zur Aufwertung, die allen Bürgern nutzt. Diese Fähigkeit aber ist eine Frage nationaler Kultur, Tradition und Geschichte. Wir Deutschen haben sie aus der existentiellen Not der Nachkriegsjahre heraus entwickelt und immer pfleglich behandelt. Es steht uns zu, die Früchte daraus für uns zu behalten, statt sie den „Faulenzern“ im Eurosystem schenken zu müssen.

Es wird Zeit zu handeln. Italien hat im März 27 Tonnen Gold gekauft. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Wir Deutschen zahlen die von den Italienern offengelassenen Importrechnungen, und die Italiener kaufen sich Gold.

Dieser Vorgang zeigt, dass das Eurosystem seine Seriösität verloren hat - so es sie denn jemals besessen haben sollte.

\*\*\*\*\*

Düsseldorf, am 27. April 2010